

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Kreistag

Niederschrift

über die 15. ordentliche öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kreistages am 28.03.2011 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Kreistagsvorsitzender
Herr Christoph Schulze

Landrat
Herr Peer Giesecke

Kreistagsabgeordnete
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Frau Karola Andrae
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Michael Baumecker
Frau Martina Borgwardt
Frau Maritta Böttcher
Herr Thomas Czesky
Herr Helmut Dornbusch
Herr Peter Dunkel
Herr Danny Eichelbaum
Herr Erich Ertl
Herr Dr. Manfred Georgi
Herr Dr. Rudolf Haase
Herr Bernd Habermann
Frau Carola Hartfelder
Herr Detlev von der Heide
Herr Günter Henkel
Herr Dirk Hohlfeld
Herr Klaus Hubrig
Frau Heide Igel
Herr Dr. Gerhard Kalinka
Herr Wilfried Käthe
Frau Evelin Kierschk
Frau Gertrud Klatt
Herr Andreas Krüger
Herr Falk Kubitzka
Herr Hermann Kühnapfel
Frau Heike Kühne

Herr Lutz Lehmann
Herr Fritz Lindner
Frau Christin Menzel ab 17.05 (TOP 1)
Herr Lutz Möbus
Herr Matthias-Eberhard Nerlich
Herr Andreas Noack
Frau Dr. Irene Pacholik
Herr Frank Priefert ab 17.15 (TOP 1)
Herr Manfred Radan
Frau Bärbel Redhammer-Raback
Herr Dr. Rainer Reinecke
Frau Gertraud Rocher
Herr Roland Scharp ab 17.15 (TOP 1)
Herr Helmut Scheibe
Frau Gabriele Schröder
Herr Wilhelm Schröter
Frau Ria von Schrötter
Herr Dr. Günter Stinal ab 17.15 (TOP 1)
Herr Felix Thier
Herr Holger Vogt
Herr Michael Wolny

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske Erste Beigeordnete
Herr Holger Lademann Beigeordneter
Herr Detlef Gärtner Beigeordneter
Herr Dieter Albrecht Dezernent I
Herr Horst Bührendt Dezernent V

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete

Herr Helmut Barthel
Frau Katja Grassmann
Herr Bernd Heimberger
Frau Bärbel Laue
Frau Angelika Österreicher
Frau Kornelia Wehlan

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 14. Februar 2011
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anfragen
- 5.1 Anfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Entscheidungen der ARGE Teltow-Fläming im Jahr 2010 4-0899/11-KT
- 5.2 Anfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zum Verkauf der ehemaligen MBS-Immobilien durch die SWFG GmbH 4-0900/11-KT
- 5.3 Dringlichkeitsanfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Rechtsberatungsleistungen 4-0907/11-KT
- 6 Anträge
- 6.1 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Neubesetzung der Geschäftsführung der SWFG GmbH 4-0898/11-KT/1
- 6.2 Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in der Dahmer Region 4-0887/11-KT
- 6.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. - Appell des Kreistages Teltow-Fläming "Deutschland sagt Nein zur Atomkraft - Abschalten jetzt!" 4-0913/11-KT
- 6.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zum Wiederaufbau des Jan-Baczewski-Hauses in Rangsdorf 4-0914/11-KT
- 6.5 Antrag Fraktion FDP/BV - Ergebnis Sondersitzung Wirtschaft zu MBS-Immobilien
- 7 Information über eine Petition der Bürgerinitiative Wacholderstraße/Jütenweg Rangsdorf an den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming zum öffentlichen Kinderspielplatz Jütenweg 3
- 8 Bewirtschaftung kreislicher Haushaltsmittel durch das Jobcenter Teltow-Fläming 4-0879/11-II
- 9 Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal zum Streitverfahren beim Verwaltungsgericht Potsdam 4-0890/11-V
- 10 Berufung sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 4-0897/11-KT

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Vergabebericht 2010 zur Vergabe von Bauleistungen (VOB/A), Lieferleistungen (VOL/A) und freiberuflichen Leistungen (VOF) 4-0893/11-III

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Zu Beginn der Sitzung legen die Abgeordneten des Kreistages eine Schweigeminute für die Opfer der Naturkatastrophe in Japan ein.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass es zur Vorbereitung des Kreistages ein Gespräch mit allen Fraktionsvorsitzenden mit der Vereinbarung gab, dem Landrat die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung - ohne Aussprache - vor Eintritt in die Sitzung zu geben.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass zusätzlich zur Tagesordnung ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (4-0913/11-KT) zur Atomenergie vorliegt.

Herr Abg. Kühnapfel sieht hier keine Dringlichkeit gegeben. Er verweist auf das bestehende Moratorium der Bundesregierung, welches in den nächsten drei Monaten eine intensive Prüfung der Atomkraftwerke vorsieht. Daher sollte den Abgeordneten Zeit gegeben werden, sich intensiv mit der Problematik zu beschäftigen, um sich positionieren zu können.

(Frau Abg. Menzel nimmt an der Beratung teil.)

Herr Abg. Akuloff spricht sich für die Behandlung des Antrages im heutigen Kreistag aus, da er aufgrund der Ereignisse in Japan hochaktuell ist. Es geht hier um eine moralisch-politische Äußerung der Abgeordneten und um kein wissenschaftlich-technisches Bekenntnis. Deshalb bittet er um Zustimmung.

Die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (4-0913/11-KT) wird bei 12 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich bejaht.

Der Kreistag beschließt bei 12 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages 4-0913/11-KT in die Tagesordnung als TOP 6.3.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass zusätzlich zur Tagesordnung ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zum Wiederaufbau des Jan-Baczewski-Hauses in Rangsdorf vorliegt (4-914/11-KT) und erläutert den Hintergrund des Antrages.

Die Dringlichkeit des Antrages der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV (4-0914/11-KT) wird bei 1 Nein-Stimme und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich bejaht.

Der Kreistag beschließt bei 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages 4-0914/11-KT in die Tagesordnung als TOP 6.4.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass zum TOP 6.1 ein geänderter Antrag der CDU-Kreistagsfraktion (4-098/11KT/1/) und zusätzlich zur Tagesordnung die Dringlichkeitsanfrage des Abg. Eichelbaum zu Rechtsberatungsleistungen vor (4-0907/11-KT) auf den Tischen liegen.

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 8 von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass ihm ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion FDP/BV zu Ergebnissen der Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft vom 26.03.2011 vorliegt.

Zur Dringlichkeit gibt es keinen Gesprächsbedarf.

Die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion FDP/BV wird mit großer Mehrheit festgestellt.

Der Kreistag beschließt mit großer Mehrheit die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Fraktion FDP/BV zu Ergebnissen der Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft vom 26.03.2011 in die Tagesordnung als TOP 6.5.

Die geänderte Tagesordnung wird bei 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich genehmigt.

Herr Abg. Eichelbaum macht darauf aufmerksam, dass der CDU-Kreistagsfraktion der Antrag der FDP/BV nicht vorliegt.

Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass der Antrag ihm vorliegt und er sogleich verteilt werden wird, was der Geschäftsordnung entspricht. Damit sind die Fristen gewahrt.

(Herr Abg. Priefert, Herr Abg. Scharp und Herr Abg. Dr. Stinal nehmen an der Sitzung teil.)

Herr Landrat Giesecke gibt eine persönliche Erklärung ab:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Ermittlungen wegen Korruption gegen mich werden ergeben, dass die anonymen Anschuldigungen haltlos sind. Ich habe im Rahmen meiner Aktivitäten meine Kraft für die Schaffung von rund 20 Arbeitsplätzen eingesetzt und damit zur Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindevertretung Großbeeren und des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung des Kreistages Teltow-Fläming beigetragen. Wöchentlich wenden sich Bürger und auch Unternehmen hilfeschend an mich. Darüber bin ich froh. Ich werde auch in Zukunft bei berechtigten Anliegen mit all meinen Möglichkeiten helfen. Es gab und gibt keinerlei Verbindungen der Firma Ciema mit dem Landkreis. Meine Damen und Herren, ich hätte mir mehr Fairness der Medien und der Opposition gewünscht, denn der Unschuldsgrundsatz gilt auch für Landräte, nicht nur für Bürgermeister auf CDU-Liste. Meine politisch falsche Personalentscheidung tut mir leid. Ich habe so entschieden, wie ich es für rechtlich korrekt hielt und dabei zahlreiche Warnungen missachtet. Dadurch ist nicht nur ein politischer Schaden, sondern auch ein persönlicher für den Bewerber entstanden. Ich versichere Ihnen, dass für mich bei Personalentscheidungen, an denen ich aktiv beteiligt war, niemals andere Faktoren als die bestmögliche Besetzung der Stelle ausschlaggebend waren.

Zur Flughafenberatung habe ich das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung und Beantwortung der Fragen beauftragt und äußere mich dazu später.

Sehr geehrte Abgeordnete, Sie haben mir bei meiner Wiederwahl zum Landrat des Landkreises Teltow-Fläming Ihr Vertrauen ausgesprochen. Es tut mir leid, dass dieses in der letzten Zeit auch durch m in Verhalten stark strapaziert wurde. Ich versichere Ihnen, ich werde auch weiterhin meine ganze Kraft zum Wohle unseres Landkreises und seiner Menschen einsetzen. Ich wünsche mir weiterhin – und vor allem auch in dieser schwierigen Zeit – mit dem Kreistag eine vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit.“

TOP 2

Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass aufgrund eines Missverständnisses die Vorlage zur Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses nicht auf der heutigen Tagesordnung steht und definitiv im nächsten Kreistag behandelt werden wird.

Herr Beigeordneter Gärtner informiert über das Auswahlverfahren zur Besetzung der Stelle des Fluglärmschutzbeauftragten und informiert, dass Herr Patrick Strogies aus Jüterbog in der Dienstberatung beim Landrat dafür bestätigt wurde und noch die Zustimmung des Personalrates aussteht, sodass er seine Tätigkeit am 1. April 2011 aufnehmen kann.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass die vom Kreistag gebildete Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine eventuelle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR bereits mehrfach beraten hat und nur noch wenige Prüfungen ausstehen. Sobald die Arbeitsgruppe ihre Arbeit beendet hat, wird dem Kreistag ein entsprechender Bericht zugehen.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der 14. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 14. Februar 2011

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages erläutert die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde.

Herr Lutz Haenicke, Zossen, verweist auf einen Artikel der MAZ zur S-Bahn-Verlängerung von Blankenfelde über Rangsdorf hinaus nach Zossen-Wünsdorf. Darin äußert der Landrat eine ablehnende Haltung gegenüber einer Verlängerung der S-Bahn-Strecke von Blankenfelde nach Rangsdorf mit der Begründung negativer Folgen für den Regional-Express. Er fragt, ob der Landrat wirklich die Auffassung vertritt, dass der Regional-Express weiterhin in der gleichen Frequenz fährt, wenn irgendwann mal der ICE zusätzlich zum vorhandenen Güterverkehr auf der Strecke verkehrt.

Weiterhin fragt er, ob nicht die S-Bahn eine Ergänzung zum Regional-Express wegen ihrer dichteren Haltepunkte darstellt und deshalb keine Konkurrenz ist.

Weiterhin möchte Herr Haenicke wissen, welchen Grund es dafür gibt, dass zunächst der defizitäre Kreishaushalt beschlossen und danach erst die Erhöhung der Kreisumlage angesprochen wurde. Er fragt, ob dies wegen der argumentierten Erhöhung der KITA-Pauschale der Fall ist.

Herr Landrat Giesecke macht in seinen Ausführungen deutlich, dass er bereit und verpflichtet ist, den Willen der Abgeordneten umzusetzen, selbst jedoch persönlich nichts von einer S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf hält. Nach außen vertritt er jedoch die Auffassung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung des Kreistages, der sich mehrfach für die Verlängerung ausgesprochen hatte.

Herr Landrat Giesecke führt aus, dass die Fahrgastzahlen, die mit dem Neubau der S-Bahnstrecke nach Teltow erreicht wurden, negativ ins Gewicht fallen. Der Einzugsbereich

Teltow - Klein Machnow - Stahnsdorf ist einwohnermäßig um ein Vielfaches größer als der Bereich Dahlewitz - Rangsdorf. Er informiert über ein Gespräch mit Minister Vogelsänger, in dem deutlich wurde, dass das Land angesichts der zu erwartenden Fahrgastzahlen nicht bereit ist, die Kosten in Höhe von rund 1,8 Mio. € jährlich zu zahlen.

Zur Frage nach der Kreisumlage macht Herr Landrat Giesecke deutlich, dass es hier ein Missverständnis gibt. Die Reihenfolge wurde eingehalten, da es mit den Kommunen seit Herbst letzten Jahres Diskussionen zur Kita-Finanzierung gibt. Bisher liegt der Haushalt noch nicht fertig vor, wobei die unklare Kita-Finanzierung einer der Gründe dafür ist. Erst seit wenigen Wochen gibt es Klarheit darüber, in welcher Form die Kita-Finanzierung funktionieren könnte.

Herr Haenicke macht darauf aufmerksam, dass es zu kurz gedacht ist, die Passagierzahlen auf der Basis des Status quo zu betrachten, da es derzeit in Wünsdorf einen großen Wohnungsleerstand gibt.

TOP 5 **Anfragen**

TOP 5.1 **Anfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Entscheidungen der ARGE Teltow-Fläming im Jahr 2010 (4-0899/11-KT)**

Die Antwort der Kreisverwaltung liegt auf den Tischen. Es gibt keine Nachfragen.

TOP 5.2 **Anfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zum Verkauf der ehemaligen MBS-Immobilien durch die SWFG GmbH (4-0900/11-KT)**

Die Antwort der Kreisverwaltung liegt auf den Tischen.

Herr Abg. Eichelbaum fragt, ob der Landkreis bzw. die SWFG weitere vertragliche Wirtschaftsbeziehungen zur Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Otto Schulz GmbH haben, die auch den Jahresabschluss der SWFG für das Jahr 2009 geprüft hat.

Herr Landrat Giesecke führt an, dass ihm dazu nichts bekannt ist.

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, dies zu überprüfen und das Ergebnis allen Abgeordneten schriftlich mitzuteilen.

TOP 5.3 **Dringlichkeitsanfrage des Abg. Danny Eichelbaum, CDU-Kreistagsfraktion TF, zu Rechtsberatungsleistungen (4-0907/11-KT)**

Herr Landrat Giesecke informiert, dass er den Fragenkomplex dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung und Beantwortung übergeben hat und das Thema danach im Rechnungsprüfungsausschuss sowie im Kreistag behandelt wird.

Herr Abg. Eichelbaum wertet es als einmaligen Vorgang, dass Fragen eines Abgeordneten nicht beantwortet werden. Das zeigt, dass der Landrat kein Unrechtsbewusstsein hat. Er informiert darüber, dass seine Fraktion die Einberufung einer Sondersitzung des Rechnungsprüfungsausschusses beantragt hat und darüber hinaus im nächsten Kreistag einen Antrag zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe stellen wird, die persönliche Verstrickungen in der Kreisverwaltung und Fragen der Korruptionsbekämpfung untersuchen soll. Er fragt, ob der Landrat ausschließen kann, dass es außer diesem einen Beratervertrag mit Herrn von Schrötter noch weitere Beraterverträge in der Kreisverwaltung gegeben hat.

Herr Landrat Giesecke weist diese Angriffe in aller Form zurück und fragt, ob es jetzt die Regel ist, Verurteilungen auszusprechen, bevor es eine Klärung dazu gibt. Auf die Frage nach weiteren Beraterverträgen erklärt der Landrat, dass er dies ausschließen kann. Er lässt dies jedoch prüfen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht auf das Verfahren zu Anfragen in der Geschäftsordnung des Kreistages aufmerksam, wonach mündlich im Kreistag nicht beantwortete Anfragen durch die Kreisverwaltung schriftlich beantwortet werden. Es gibt keine Festlegung, innerhalb welcher Frist dies zu tun ist. Er führt an, dass er im Namen des Kreistages dem Rechnungsprüfungsamt einen Brief schreiben wird mit der Bitte um Information, sobald der Bericht vorliegt.

Herr Abg. Eichelbaum stellt fest, dass es genehmigte Haushaltspläne gibt. Er versteht nicht, welche Probleme bestehen, die entsprechende Haushaltstelle und das Produktkonto zu benennen, aus denen diese Leistungen gezahlt wurden.

Herr Landrat Giesecke verweist darauf, das Prüfungsergebnis abzuwarten. Er verbittet es sich, die Aussage zu treffen, dass er geäußert haben soll, dass solche Leistungen geflossen sind. Er macht darauf aufmerksam, dass keine Leistungen geflossen sind. Er führt aus, dass er den Medien nur bestätigt hat, dass der Rechtsanwalt die Bürgerberatung durchgeführt hat.

Herr Abg., Schulze verweist darauf, dass die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion erst am 22. März im Kreistagsbüro eingegangen ist, sodass der Zeitrahmen für eine Beantwortung sehr eng war. Die Anfrage wird auf alle Fälle beantwortet werden.

Herr Abg. Wolny begrüßt, dass offensichtlich auch über das Rechnungsprüfungsamt Klarheit geschaffen werden soll. Zugleich ist eine Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses von der CDU-Fraktion beantragt worden, zu der vom Vorsitzenden des RPA mitgeteilt wurde, dass er keinen Beratungsbedarf sieht. Er verweist auf einen vorliegenden Bericht zur Spesenabrechnung des Landrates, der durch das Rechnungsprüfungsamt erstellt wurde, und der ebenso zur Beratung in den Ausschuss gehört. Dabei geht es um Aufklärung und nicht um Schuldzuweisungen.

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass er zum Antrag auf Einberufung des RPA, den er erst heute zur Kenntnis erhalten hat, die Sach- und Rechtslage prüfen wird. Er bittet darum, ihm die nötige Zeit für eine sorgfältige Prüfung zuzubilligen.

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass laut Kommunalverfassung der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses im Benehmen mit dem Landrat – hier ist im Auftrag des Landrates die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes zuständig – die Sitzung einberufen muss.

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, dass er mit dem Ausschussvorsitzenden und dem Abgeordneten Wolny das Gespräch suchen wird, um einen Kompromiss zu finden.

Herr Abg. Dr Haase informiert über den Antrag des Abg. Wolny vom 22. März 2011 zur Einberufung einer Sondersitzung des RPA und macht deutlich, dass der Ausschuss keinen Prüfauftrag erteilen darf. Dieses Recht steht gemäß Kommunalverfassung nur dem Kreistag und dem Landrat zu. Die Themen, die Herr Abg. Wolny beantragt hat, können im RPA nicht beantwortet werden. Er hat Herrn Wolny mitgeteilt und angeboten, nach Terminabstimmung mit den Ausschussmitgliedern, eine Sitzung einzuberufen. Er macht deutlich, dass die schleppende Prüfung der Eröffnungsbilanz durch das Rechnungsprüfungsamt auch für den Ausschuss unbefriedigend ist. Ein Jahresabschluss für das Jahr 2009 wird nicht erfolgen, bevor die geprüfte Eröffnungsbilanz vorliegt. Eine Prüfung der Rechtsberatungsleistungen zum Fluglärmschutz und der Spesenabrechnung des Landrates steht dem RPA aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht zu. Nach Informationen der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes ist die Prüfung zu den Spesenabrechnungen des Landrates bereits abgeschlossen, wobei der Prüfbericht noch fehlt. Die Prüfung der Rechtsberatungsleistungen wurde durch den Landrat in Auftrag gegeben. Insofern ist eine Ausschusssitzung mit den durch Herrn Wolny vorgeschlagenen Punkten gegenstandslos.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt abschließend den Hinweis, dass die Thematik Rechnungsprüfungsausschuss nicht zur heutigen Tagesordnung gehört und die Abgeordneten zukünftig bei Gesprächsbedarf entsprechende Tagesordnungspunkte für die Kreistagsitzung benennen sollten.

TOP 6 **Anträge**

TOP 6.1 **Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Neubesetzung der Geschäftsführung der SWFG GmbH (4-0898/11-KT/1)**

(Herr Abg. Krüger verlässt wegen Befangenheit den Beratungsraum.)

Herr Abg. Kühnapfel begründet den Antrag. Er macht darauf aufmerksam, dass es um die Zukunft der SWFG geht und die Frage beantwortet werden muss, ob ein neuer Geschäftsführer gewollt ist. Wenn kein neuer Geschäftsführer gewollt ist, würde dies bedeuten, dass die Gesellschaft aufgelöst und in die Kreisverwaltung eingegliedert wird. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass dies zum jetzigen Zeitpunkt zu früh ist.

Herr Landrat Giesecke bittet darum, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, um über die Frage der Zukunft der SWFG zu diskutieren. Wenn zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäftsführer bestellt wird, ist für fünf Jahre das Weiterbestehen der Gesellschaft festgeschrieben. Es muss hinterfragt werden, ob die Kernaufgaben der SWFG nicht bedeutend kostengünstiger und transparenter über ein zu gründendes Wirtschaftsförderungsamt innerhalb der Kreisverwaltung ausgeführt werden können. Deshalb sollte mehrheitlich eine Entscheidung durch die Abgeordneten getroffen werden, welcher der beiden möglichen Wege gegangen werden sollte.

Herr Abg. Lindner unterstützt den Vorschlag des Landrates, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Herr Abg. Scharp bezweifelt die Kompetenz des Wirtschaftsausschusses für diesen Antrag, da es hier um eine Personalentscheidung geht. Seiner Meinung nach wäre der Kreisausschuss hierfür geeigneter.

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, den Antrag in den Wirtschafts- und Kreisausschuss zu überweisen.

Bei einigen wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wird Zustimmung erteilt, den Antrag 4-0898/11-KT in den Ausschuss für Wirtschaft und Kreisausschuss zu überweisen.

TOP 6.2

Antrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in der Dahmer Region (4-0887/11-KT)

(Herr Abg. Krüger nimmt wieder an der Beratung teil.)

Herr Abg. Lindner begründet den Antrag.

Frau Abg. Kühne weist in ihren Ausführungen auf die Dringlichkeit der notärztlichen Versorgung im Amtsbereich Dahme hin. Sie vertritt die Auffassung, dass Entscheidungen zu den Grenzregionen getroffen werden müssen, um entsprechende Versorgungsgebiete festzulegen. Dabei muss gesichert sein, dass die Versorgung in allen Bereichen des Landkreises gleichermaßen realisiert werden kann.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass er bereits mehrere Gespräche mit dem Landrat aus Dahme-Spreewald dazu geführt hat und auch durch Bürger des Landkreises Dahme-Spreewald gebeten wurde, eine Klärung herbeizuführen. Derzeit können sicher die Auswirkungen insgesamt nicht überblickt werden. Herr Giesecke stellt dar, dass es nicht nur um die Notarztversorgung im Bereich Dahme geht, sondern um ein gesamtes Versorgungssystem, welches auseinanderzubrechen droht.

Herr Abg. Akuloff fragt nach, bis wann dieses Problem gelöst werden soll.

Herr Beigeordneter Lademann informiert, dass die geplante Standortschließung Luckau auf einem durch den Landkreis Dahme-Spreewald erstellten Gutachten beruht. Der Landkreis TF hat gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark auch ein Gutachten in Arbeit, welches Ende April 2011 vorliegen wird. Ein erstes Auswertungsgespräch wird am 3. Mai 2011 stattfinden. Im Ergebnis beider Gutachten muss es zu einem bzw. zwei neuen Standorten kommen, wobei das Verhalten der Krankenkassen maßgeblich sein wird. Mit Sicherheit wird es im Spätherbst eine konkrete Entscheidung geben.

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt, über ein komplexes Verwaltungshandeln alles zu tun, um die notärztliche Versorgung in der Dahmer Region auch zukünftig sicher zu stellen.
2. In der Kreistagssitzung am 23. Mai 2011 ist ein erster Zwischenbericht zu geben.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird gebeten, sich zeitnah mit diesem Sachverhalt zu beschäftigen und über eine Ausschusssitzung vor Ort den Kontakt zu den Betroffenen der Region aufzunehmen und ihre Probleme anzuhören.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	54
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.3

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. - Appell des Kreistages Teltow-Fläming "Deutschland sagt Nein zur Atomkraft - Abschalten jetzt!" (4-0913/11-KT)

Herr Abg. Thier begründet den Antrag.

Herr Abg. Dr. Kalinka macht in seinen Ausführungen deutlich, dass der breite Umstieg auf erneuerbare Energien in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen wird. Er bittet im Auftrag der Fraktion SPD/Grüne um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Abg. Kühnapfel informiert, dass er diesem Antrag nicht zustimmen wird. Er führt aus, dass dieses Thema nicht nur auf Deutschland bezogen sein kann, sondern europäisch behandelt werden muss.

Frau Abg. Böttcher zeigt sich fassungslos darüber, dass ein Appell des Kreistages, der die Bundesregierung zum Tun in dieser für die Menschen so wichtigen Frage auffordert, abgelehnt werden soll. Dass es weiteren Handlungsbedarf in dieser Frage gibt, ist unstrittig, und deshalb ist die Diskussion danach inhaltlich weiterzuführen.

Frau Abg. Redlhammer-Raback informiert, dass sie dem Antrag zustimmen wird.

Herr Abg. Kühnapfel sieht Konsens und bittet um Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, um eine gemeinsame Formulierung zu finden.

Herr Abg. Eichelbaum stellt fest, dass die CDU-Fraktion kein Befürworter der Atomkraft ist, jedoch Alternativen als Stromquellen benannt werden müssen.

Frau Abg. Igel spricht sich gegen eine Überweisung in den Ausschuss aus.

Frau Abg. Andrae beantragt, den oberen Absatz der Seite 2 des Antrages mit folgender Formulierung in den Beschlussvorschlag aufzunehmen, sodass ein Kompromiss gegeben wäre:

„Wir fordern daher von der Bundesregierung:

Alle sich im Betrieb befindlichen AKW müssen so schnell wie möglich vom Netz gehen, deutschlandweit, europaweit, weltweit. Der Bau neuer Kraftwerke darf nirgendwo weiter forciert werden – auch nicht im grenznahen Raum Brandenburgs. Die gesetzliche Rücknahme der Laufzeitverlängerung ist als erster Schritt zu veranlassen, es ist nicht nur eine Überprüfung der AKW vorzunehmen.“

Frau Abg. Hartfelder macht darauf aufmerksam, dass die im Antrag enthaltene Formulierung „Abschalten jetzt“ wirtschaftlich und sozialpolitisch nicht machbar ist.

Herr Abg. Akuloff verweist darauf, dass sozialpolitisch nichts zusammenbricht, wenn 9% des Atomstroms, den Deutschland produziert, zeitweise abgeschaltet wird.

Herr Landrat Giesecke beantragt - bei Aufnahme des von Frau Abg. Andrae vorgeschlagenen zusätzlichen Beschlussvorschlages - die Worte „auch nicht im grenznahen Raum Brandenburg“ zu streichen.

Herr Abg. Eichelbaum beantragt eine Sitzungspause, sodass eine Formulierung für einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gefunden werden kann.

Der Kreistag tritt in eine fünfminütige Sitzungspause.

(Herr Abg. Priefert verlässt die Sitzung.)

Es gibt Einvernehmen aller Abgeordneten, die Worte „Abschalten jetzt“ aus dem Wortlaut zu streichen.

Der Antrag der Abg. Andrae einschließlich des Änderungsantrages des Landrates mit folgendem Wortlaut:

„Wir fordern daher von der Bundesregierung:

Alle sich im Betrieb befindlichen AKW müssen so schnell wie möglich vom Netz gehen, deutschlandweit, europaweit, weltweit. Der Bau neuer Kraftwerke darf nirgendwo weiter forciert werden. Die gesetzliche Rücknahme der Laufzeitverlängerung ist als erster Schritt zu veranlassen, es ist nicht nur eine Überprüfung der AKW vorzunehmen.“

wird bestätigt.

Der Kreistag beschließt:

1. Appell des Kreistages Teltow-Fläming "Deutschland sagt Nein zur Atomkraft"
2. Wir fordern daher von der Bundesregierung:
Alle sich im Betrieb befindlichen AKW müssen so schnell wie möglich vom Netz gehen, deutschlandweit, europaweit, weltweit. Der Bau neuer Kraftwerke darf nirgendwo weiter forciert werden. Die gesetzliche Rücknahme der Laufzeitverlängerung ist als erster Schritt zu veranlassen, es ist nicht nur eine Überprüfung der AKW vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

TOP 6.4

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV zum Wiederaufbau des Jan-Baczewski-Hauses in Rangsdorf (4-0914/11-KT)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag Teltow-Fläming fordert die untere und die obere Denkmalschutzbehörde als auch die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen und zu intervenieren, dass das „Baczewski-Haus“ in Rangsdorf den Denkmalstatus nicht verliert und der Wiederaufbau ermöglicht und möglicherweise auch erzwungen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

TOP 6.5

Antrag Fraktion FDP/BV - Ergebnis Sondersitzung Wirtschaft zu MBS-Immobilien

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass der Antrag auf den Tischen der Abgeordneten liegt. In Abstimmung mit Frau Borgwardt bittet er, für die Worte „Wirtschaftsausschuss“ die Worte „Kreistag“ einzusetzen.

Herr Abg. Kühnapfel macht deutlich, dass es zu diesem Vorschlag im Ausschuss für Wirtschaft keine Abstimmung gegeben hat. Vielmehr handelte es sich um einen Gesprächsbeitrag im Ausschuss, der nicht auf der beschlossenen Tagesordnung stand. Er kritisiert die Verfahrensweise, wie der Antrag heute als Dringlichkeit auf die Tagesordnung des Kreistages gesetzt wurde und verweist darauf, dass es aus diesem Grund keine Abstimmung geben darf.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass es aufgrund der Kommunalverfassung und der Geschäftsordnung des Kreistages das Recht gibt, einen Antrag zu stellen. Der Kreistag hat diesen Antrag mit Mehrheit in die heutige Tagesordnung aufgenommen.

Herr Abg. Dr. von der Bank informiert über die Ergebnisse der Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, die aufgrund der in der letzten Zeit getätigten unterschiedlichen Aussagen zum Verkauf der MBS-Immobilien stattfand. Die geführte Debatte hat aus seiner Sicht die folgenden Ergebnisse gebracht:

1. Die MBS-Immobilien sind noch nicht veräußert. Das Rechtsgeschäft ist noch nicht abgeschlossen, sondern nur der notarielle Kaufvertrag einschließlich einer Reihe von Rücktrittsrechten wurden abgeschlossen. Die Eigentumsrechte wurden noch nicht übertragen und sind nicht übergegangen. Es wurde noch keine Zahlung geleistet und der Kaufvertrag ist am Ende 2011 kündbar, falls keine Zahlungen durch den Finanzinvestor erfolgen.
2. Die SWFG ist noch im vollen Besitz der MBS-Immobilien. Mieten und Pachten werden von den Mietern nach wie vor an die SWFG gezahlt. Der Besitzübergang findet also erst nach Zahlung, d.h. mit Eigentumsübergang statt.

Er stellt fest, dass dies das Resultat ist, welches er im Wirtschaftsausschuss mitnotiert hatte und dass der Landrat dieses auf seine Nachfrage bestätigt hat.

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag stellt fest, die MBS-Immobilien sind verkauft. Die im vorgelegten notariellen Vertrag festgehaltenen Zahlungs- und Eigentumsübergangsregelungen widersprechen dieser Feststellung in keiner Weise.
2. Der Kreistag stellt fest, dass vom Landrat als Gesellschaftervertreter und vom Aufsichtsratsvorsitzenden korrekt informiert worden ist.
3. Der Kreistag stellt fest, dass in dem Themenfeld „Verkauf der MBS-Immobilien“ die Geschäftsführung der SWFG ordnungsgemäß zum Wohl und Nutzen der Gesellschaft und des Landkreises gehandelt hat.
4. Der Kreistag stellt fest, dass alle Aufsichtsratsmitglieder zu jedem Zeitpunkt der Verhandlungen die Möglichkeit hatten, sich umfassend zum Vorgang zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	mehrheitlich
Nein-Stimmen:	einige
Enthaltung:	2

TOP 7

Information über eine Petition der Bürgerinitiative Wacholderstraße/Jütenweg Rangs- dorf an den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming zum öffentlichen Kinderspiel- platz Jütenweg 3

Der Vorsitzende des Kreistages informiert, dass aufgrund der sehr spät eingegangenen Stellungnahme des Landrates zur Petition er nicht in der Lage war, dem Kreistag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Die Petenten sind darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass die abschließende Stellungnahme erst in der Sitzung des Kreistages am 23. Mai 211 möglich ist.

TOP 9

Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal zum Verwaltungsstreitverfahren beim Verwaltungsgericht Potsdam (4-0890/11-V)

Herr Abg. Kühnapfel fragt, ob es sich um einen Einzelfall handelt oder auch noch andere Gemeinden betroffen sind.

Herr Bührendt, Leiter des Jugendamtes, informiert, dass sich der Landkreis mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow in einem ähnlichen Rechtsstreit befindet, bei dem es ebenfalls um die Frage der durchschnittlichen Personalkosten geht. Der Rechtsstreit ist noch nicht abgeschlossen, obwohl es ein Urteil des Verwaltungsgerichtes gibt. Die Gemeinde hat beim Oberverwaltungsgericht die Zulassung einer Berufung beantragt.

Der Kreistag beschließt:

den Abschluss der Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal zum Verwaltungsstreitverfahren beim Verwaltungsgericht Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

TOP 10

Berufung sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (4-0897/11-KT)

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag beruft Herrn Bert Lindner als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Vorsitzende des Kreistages Herr Abg. Schulze stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, 7. April 2011

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'CS.' with a stylized flourish.

Christoph Schulze
Vorsitzender des Kreistages